

Sitzungsperiode 2019-2020
Sitzung des Ausschusses IV vom 4. Dezember 2019

FRAGESTUNDE*

• **Frage Nr. 63 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Beratungsportal der DG für Missbrauch**

Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist ein Tabuthema, das leider dennoch quasi alltäglich ist.

Vorbeugung, Hilfe und Opferberatung sind zum Teil wichtige Stützen für Betroffene.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt es solche Angebote, die sich an ein breites Publikum richten.

Das sog. „Familienportal“ der Deutschsprachigen Gemeinschaft fasst viele Angebote zusammen¹, wobei auffällt, dass die dort eigens gestellte Frage „Wo finden Sie Hilfe und Unterstützung?“ nicht sehr weiterführend beantwortet wird, da – außer im Fall des Jugendhilfedienstes – zwar der Name des Hilfeanbieters genannt wird, Adressen, Ansprechpartner und Kontakte hingegen fehlen.

Unklar ist ferner, an wen genau sich die Angebote dieses Portals richten – etwa an Jungen, Mädchen, Jugendliche, Erwachsene, Pädagogen, Jugendbetreuer, Trainer, ...

Ein DG-Portal, das sich eindeutig an Kinder oder Jugendliche richtet, habe ich nicht gefunden.

Nach eingehender Suche ist mir außerdem verborgen geblieben, ob es Beratungs- und Hilfeangebote auf Französisch oder anderen Sprachen gibt.

Daher meine Fragen:

Wann kann damit gerechnet werden, dass das Angebot des „Familienportals“ zum Thema „sexueller Missbrauch“ etwa

- *durch eine besondere Seite für Kinder und Jugendliche,*
- *durch leichte Sprache,*
- *durch eine Übersetzung auf Französisch und Niederländisch,*
- *für Betroffene, die der deutschen Sprache nicht oder in nur geringem Maße mächtig sind,*

benutzerfreundlicher gemacht wird?

• **Frage Nr. 64 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zu den lokoregionalen Krankenhausnetzen**

Donnerstag wurde bekannt, dass sich der Verwaltungsrat der Klinik Reine Astrid den Beschluss gefasst hat, dem Krankenhausnetzwerk der Universitätsklinik CHU beizutreten. Demzufolge befinden sich die Klinik in Malmedy im selben Netzwerk wie das CHR Verviers,

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

¹ Vgl.: https://www.ostbelgienfamilie.be/desktopdefault.aspx/tabid-5921/10104_read-55852/

das Lütticher CHU und die Citadelle. Unsere beiden Krankenhäuser in Eupen und St. Vith haben sich, wie die Klinik St. Elisabeth in Verviers und die zukünftige Klinik Mont-Légia in Lüttich, dem CHC Netzwerk angeschlossen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Welche Vor- und Nachteile sehen Sie, Herr Minister, für unsere beiden Krankenhausstandorte aufgrund der Entscheidung der Klinik Reine Astrid in Malmedy?*
- *Welche absehbaren Auswirkungen wird die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Krankenhausnetzwerken auf die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kliniken in St. Vith und Malmedy haben?*
- *Gibt es Ihrer Ansicht nach Entscheidungen, die aufgrund dieser neuen Situation dringend bzw. dringender geworden sind?*

• **Frage Nr. 65 von Herrn GROMMES (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Zukunft der beiden Krankenhäuser der DG**

Die Krankenhäuser in Verviers und Malmedy schließen sich dem öffentlichen Netz des Universitätsklinikum CHU an, wodurch das zukünftige CHC-Netz weitere potentielle Partner verliert. Die Krankenhäuser begründen ihre Zusage für das CHU-Netz damit, dass das Angebot des CHU ihnen eine bessere Zukunft garantieren würde. Sie haben offenbar interessante finanzielle Zugeständnisse und eine Absicherung ihrer Standorte aushandeln können.

Die Krankenhäuser in Eupen und St. Vith dagegen betonen weiterhin sich dem privaten CHC-Netz anschließen zu wollen.

- *Plant das CHC-Netzwerk weitere Partnerkrankenhäuser zu finden?*
- *Wie begründen die Krankenhäuser der DG ihre Zustimmung für das CHC-Netz, obwohl Verviers und Malmedy das CHU-Netz bevorzugen?*
- *Verändert sich durch die Entscheidung der Krankenhäuser von Verviers und Malmedy die Sitzverteilung im Verwaltungsrat des CHC Netzes?*

• **Frage Nr. 66 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Leid-Thema Lipödem – Chancen und Risiken der aktuellen Versorgungssituation**

Am vergangenen 23. November organisierten Hendrikje ter Balk und Claudia Effertz in Köln/Deutz eine Informationsveranstaltung mit dem Titel: „*Leid-Thema Lipödem – Chancen und Risiken der aktuellen Versorgungssituation*“, an der auch der für Gesundheit zuständige Minister der DG im Rahmen einer Podiumsdiskussion teilnahm.

Beim Lipödem handelt es sich um eine krankhafte Fettverteilungsstörung, die einen langwierigen chronischen Prozess und schwerwiegende Folgen wie u.a. chronische Schmerzen, Depressionen oder Arthrose nach sich ziehen können. Die Ursachen von Lipödem sind noch nicht final erforscht. Das Lipödem ist nicht die Folge von Übergewicht. Aktuell ist nicht klar, wie viele Frauen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter der Erkrankung leiden.

Bisher kann den Patientinnen in (Ost-) Belgien nur teilweise geholfen werden, da die Krankheit noch nicht vollends anerkannt ist. Abhilfe können teilweise Spezialkleidung oder Drainagen erwirken. Eine Heilung kann nach medizinischer Erkenntnis indes nur durch eine Operation (Liposuktion) erreicht werden. Allerdings müssen die Betroffenen die Kosten dafür selbst tragen. Die Kosten belaufen sich in der Regel auf mehrere tausend Euro. Darüber hinaus ist es für die Betroffenen enorm schwierig, im Alltag einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit mit den durch die Krankheit entstehenden Einschränkungen zu verbinden.

Hierzu folgende Fragen:

- Welche Maßnahmen wurden seitens der DG-Regierung bisher ergriffen, um für mehr Aufklärung in dieser Angelegenheit zu sorgen?
- Was hat die DG-Regierung bisher getan, um sich für eine Anerkennung des Lipödems stark zu machen?
- Welche Möglichkeiten stehen den betroffenen Frauen offen, sich in der DG oder im benachbarten Ausland behandeln lassen zu können?

• **Frage Nr. 67 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Arbeitsdruck für das Pflegepersonal – Erhöhung der Mittel des Fonds für den Pflegesektor**

Die Demonstrationen der „blouses blanches“ haben den hohen Druck, welcher auf dem Pflegepersonal lastet, erneut in den Vordergrund gerückt. Auf föderaler Ebene hat Ecolo die Forderungen nach mehr Mitteln unterstützt, um der Überbelastung, den steigenden Krankheitsausfällen und den steigenden Burnouts entgegen zu wirken. Und es gab einen Erfolg: Die Kammer verabschiedete einen Gesetzesentwurf zur Refinanzierung im Gesundheitsbereich. 400 Mio. € werden jährlich und unmittelbar ab 2020 in den Fonds für den Pflegesektor zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen eingezahlt. Es geht also weniger um die Finanzierung von individuellen Gehaltserhöhungen, als um die Einstellung von zusätzlichem Personal, um den Arbeitsdruck zu vermindern. Diese Mittel sollen zwischen den privaten und öffentlichen Krankenhäusern in Flandern, Brüssel und der Wallonie im Verhältnis zur Anzahl Vollzeitbeschäftigten aufgeteilt werden.

In der DG wurde kurz vor den Wahlen ein anderer Weg gewählt, indem entschieden wurde, ab 2022/23 im Bereich Senioren für den Pflegesektor die einzelnen Gehaltsbaremen substanziell nach oben an zu passen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- Wie hoch wird für unsere beiden Krankenhäuser der abrufbare Anteil an den 400 Millionen € sein?
- Wieviel Personal kann in den Krankenhäusern von Eupen und St. Vith zur Entlastung aufgrund dieser Mittel eingestellt werden?
- Welche ähnlichen Mittel und Möglichkeiten hat die DG, um den Arbeitsdruck des Pflegepersonals insbesondere im Bereich der Wohn- und Pflegezentren für Senioren zu senken?

• **Frage Nr. 68 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Bau neuer Sozialwohnungen**

Die Regierung der wallonischen Region hat in ihrer Regierungserklärung das Ziel ausgegeben, bis 2024 3000 neue Sozialwohnungen in der Wallonie zu schaffen.

Die DG wird ab dem 1. Januar 2020, also in einem Monat, befugt für den Wohnungsbau. Rechnet man die Ambition der Wallonischen Region auf die DG um, müsste die DG-Regierung sich zum Ziel setzen, dass bis 2024 etwa 65 zusätzliche Sozialwohnungen entstehen. Ungeachtet der Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe Wohnungswesen, die langfristiger und strategischer Art sein werden, sollte dies kein Grund sein, sich im sozialen Wohnungsbau keine konkreten Ziele vor 2024 zu setzen. Darüber hinaus kann und soll diese Frage natürlich gerne mit der AG Wohnungswesen konzertiert werden.

Eine Größenordnung von 65 Sozialwohnungen innerhalb von vier Jahren ist angesichts der angespannten Lage insbesondere auf dem Wohnungsmarkt im Norden der DG sicherlich ein Ziel, das es so oder so anzustreben gilt.

Mit der Zuständigkeitsübertragung zum 1. Januar 2020 wurden der DG auch schon 26 Hektar Grundstücke übertragen, sodass es in der Frage notwendiger Flächen auch keine großartigen Verzögerungen geben dürfte.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Ungeachtet der Ergebnisse der AG Wohnungswesen & Energie, welche Ambitionen verfolgen Sie als zuständiger Minister für den Neubau von Sozialwohnungen auf dem Gebiet der DG?*
- *Im Grenz-Echo vom 28.11. erklären Sie, Herr Minister, dass ein an die DG übertragenes Grundstück in Kelmis nicht ausschließlich für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden soll, um eine „soziale Mixität“ zu ermöglichen. Ist im Falle einer anderweitigen Nutzung der Grundstücke (z.B. für Privatwohnungen), von Ihnen vorgesehen, dass die DG Ausgleichflächen oder Bestandsimmobilien erhält, damit die Handlungsfähigkeit der Akteure des sozialen Wohnungsbaus in der DG nicht unnötig eingeschränkt wird?*
- *Gesetzt den Fall, Sie streben eine Erweiterung des Bestands im sozialen Wohnungsbau an, wann wäre mit ersten Fertigstellungen zu rechnen?*

• **Frage Nr. 69 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur interministeriellen Konferenz „Frauenrechte“**

In den letzten Wochen hat das Thema der Gewalt gegen Frauen für Schlagzeile gesorgt. In Belgien wurden die letzten zwei Jahre 96 Frauenmorde gezählt. 96 Morde die nur darauf zurück zu führen waren, dass sie Frauen waren, sprich auf das Rollenverständnis des Mörders.

Die Regierung der Föderation Wallonien-Brüssel hat am Donnerstagmorgen den Antrag auf Einrichtung einer interministeriellen Konferenz über Rechte der Frau angenommen.

Dieser Antrag wird dem Konzertierungsausschuss der am 18. Dezember Vertreter der Regierung des Föderalstaats und der Gliedstaaten versammelt, vorgelegt.

Es müssen weiterhin Fortschritte im Bereich der Frauenrechte und der Gleichstellung von Frauen und Männern gemacht werden. Das globale Problem der Gewalt gegen Frauen wird in Belgien auf zu vielen Ebenen ergriffen, und somit fragmentiert. Ein Forum für Dialog und Austausch muss eingerichtet werden, damit die Überlegungen weitergeführt werden können. Die Hebel müssen gleichzeitig und in die gleiche Richtung betätigt werden, um der Herausforderung der Gleichstellung gerecht zu werden

Fragen:

- *Wie stehen Sie als zuständiger Minister zu diesem Ansatz, der die Einrichtung einer interministeriellen Konferenz zu Frauenrecht vorsieht, angesichts der Tatsache, dass auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Gewalt gegen Frauen nicht abnimmt (siehe auch das GE vom 29. November 2019) ?*
- *Werden Sie, als zuständiger Minister, einen Regierungsbeschluss vorbereiten, damit auch die Deutschsprachige Gemeinschaft aktiv an der geplanten Interministeriellen Konferenz zu den Frauenrechten teilnehmen wird?*

• **Frage Nr. 70 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zum Direktor von ÖWOB**

In einem Grenz-Echo Artikel vom 28.11. teilen Sie mit, dass Sie der Gesellschaft Nosbau schon vor einer Weile angeboten haben, deren ehemaligen Geschäftsführer gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen, ähnlich wie beim Öffentlichen Wohnungsbau Eifel.

Durch die allseits bekannten Probleme in der Vergangenheit ist offensichtlich, dass dieser Vorschlag ein enormes Konfliktpotential mit sich bringt und seine Umsetzung nur weiter Öl aufs Feuer gießen würde. Viel mehr, und völlig unabhängig von der Person des ehemaligen Geschäftsführers, beschäftigt mich jedoch die Frage nach dem Sinn einer One-Man-Show im Bereich Wohnungswesen.

Der Fachkräftemangel scheint in dieser Akte besonders prekär, wenn ein und dieselbe Person im Wohnungsbau nach und nach innerhalb von zwei Jahren Ministerberater, Ministeriumsmitarbeiter und Geschäftsführer mehrerer Wohnungsbaugesellschaften werden muss.

Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Offensichtlich liegt die ganze Ausführung der Übertragung des Wohnungsbaus auf den Schultern einer einzelnen Person, welche Lösung sehen sie, wenn diese ausfällt?*
- *In diesem Zusammenhang: Was gedenken Sie zu tun, um die Wohnungsbaupolitik breiter aufzustellen?*

• **Frage Nr. 71 von Frau KEVER (SP) an Minister ANTONIADIS zu den Paten- und Bereitschaftspflegefamilien**

Am 12. und 19. November 2019 fanden in Eupen und Bütgenbach Informationsabende für Paten- und Bereitschaftspflegefamilien statt. Der Pflegefamiliendienst teilt mit, dass noch Familien gesucht werden, die bereit sind Pflegekinder bei sich aufzunehmen – dem aktuellen Bedarf nach hauptsächlich in Form von Bereitschaftspflegefamilien, sowie Patenfamilien für Kinder ab 6 Jahren.

Im Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnungswesen und Energie haben Sie, Herr Minister Antoniadis mitgeteilt, dass die Initiativen und Informationsveranstaltungen des Pflegefamiliendienstes immer wieder interessierte Familien anziehen und helfen neue Pflegestellen erfolgreich zu erschließen.

Der aktuellen Presse – einem Bericht vom BRF am 3. November 2019 – ist zu entnehmen, dass derzeit in Ostbelgien 69 Kinder in Pflege- und Patenfamilien untergebracht sind und 54 Kinder langfristig in neuen Familien leben.

Meine Fragen dazu:

- *Wie viele Kinder mit Unterbringungs- und Betreuungsbedarf suchen aktuell noch eine Pflegefamilie, Bereitschaftspflegefamilie oder und Patenfamilie in Ostbelgien?*
- *Wie viele Kinder sind jeweils in den vergangenen Jahren in Pflegefamilien untergebracht und betreut worden, die durch den Pflegefamiliendienst vermittelt worden sind?*
- *Welche unterstützenden Maßnahmen bietet der Pflegefamiliendienst für die betreuenden Familien und untergebrachten Kinder an?*

• **Frage Nr. 72 von Frau SCHOLZEN (ProDG) an Minister ANTONIADIS zu den alternativen Wohnformen für Senioren**

Seit Januar 2019 ist die DG für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren zuständig. Seitdem wird aus gutem Grund in diesen Bereich investiert und die Anzahl der Pflegeheimplätze ständig ausgebaut. Außerdem soll es jedem Senior möglich sein, in seinen eigenen vier Wänden zu altern und somit werden alternative Wohnformen unterstützt und sollen nach Möglichkeit ausgebaut werden.

Diesbezüglich habe ich folgende Fragen:

- *Wie läuft der Bau des Seniorenwohnheims in der Borngasse in Eupen, an dem die DG sich finanziell beteiligt?*
- *Sind weitere alternative Wohnformen im Süden der DG geplant?*
- *Wie viele Senioren haben sich für das Projekt in Eupen angemeldet?*

• **Frage Nr. 73 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Schutz des Krankenhauspersonals vor aggressiven Übergriffen**

Vergangenen Monat titelten LaMeuse «Krankenhäuser: + 24% Aggressionen in 10 Jahren » sowie die RTBF «Krankenpfleger in Gefahr: Wer wird morgen die Leute pflegen? ».

Krankenpfleger und Ärzte brauchen viel soziale Kompetenz wie Empathie und Verantwortungsbewusstsein sowie körperliche und psychische Belastbarkeit. Doch nicht selten stoßen sie an ihre Grenzen durch verbal und körperlich aggressive Patienten oder Probleme mit den Angehörigen der Patienten. Hier ist körperliche und psychologische Sicherheit für das Krankenhauspersonal sowie für die ambulanten Dienste notwendig. Studien zeigen, dass jeder zweite Krankenpfleger Symptome eines Burnout aufweist.

Beispielsweise organisiert La Haute Ecole Libre Mosane für ihre Studenten ein spezifisches Seminar und für Krankenpfleger Weiterbildungen zur Prävention.

Herr Alain Mertes, Vivant, hat den zuständigen Minister bereits in der letzten Legislatur zu dieser Problematik schriftlich befragt. In der Antwort hieß es «Fälle von verbalen Aggressionen und Anfeindungen von Patienten oder Begleitpersonen gegenüber dem Personal sind dort ähnlich häufig wie in anderen Krankenhausstationen. In einigen Fällen ist es sogar zu körperlicher Gewalt gekommen, insbesondere dann, wenn der Patient unter Einfluss von Alkohol oder Drogen stand. In seltenen Fällen waren es demenziell veränderte Menschen, die situationsbedingt gewalttätig wurden.». Darüber hinaus antwortete der zuständige Minister, dass die beiden Krankenhäuser ihr Personal im Rahmen des Qualitätsmanagements und Weiterbildung unterstützen.

Hierzu folgende Fragen:

- *Wie viele Weiterbildungen wurden in den letzten zwei Jahren für die Krankenpfleger und Ärzte der hiesigen Krankenhäuser angeboten?*
- *Sehen die hiesigen Krankenhäuser noch weitere Maßnahmen wie Sicherheitspersonal und psychologische Betreuung vor?*
- *Gibt es Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Prävention vor Aggressionen im ambulanten Pflege-dienst?*